

Deutscher Werkerebund

Erscheint wöchentlich /
Bezugspreis: Vierteljährlich
3 Reichsmark / Die Einzel-
nummer —,30 Reichsmark

Zentralorgan für die Interessen
der in privaten und öffentlichen Betrieben des Handels-, Transport-
und Verkehrsgewerbes beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger

Redaktion u. Exped. Berlin SW 6
Mitschkestr. 1. Tel.: Moripl.
950, 10670. / Redaktionschluss
4 Tage vor Erscheinen des Blattes

Nummer 20

Berlin, den 14. Mai 1927

5. Jahrgang

Genf.

In Genf tagt die internationale Wirtschafts-Konferenz. Was wir bisher von dort hörten, läßt befürchten, daß diese Konferenz das lagenfämmerliche Schicksal der Abrüstungskonferenz teilen wird: Ein großer Aufwand wird schmählich vertan. Die Delegierten der einzelnen Länder stehen auf und erzählen den höflich zuhörenden aber juchend gelangweilten Delegierten von den Nöten ihres Landes auf die die Konferenz gebührend Rücksicht nehmen müsse. Alle wollen sie eine Blutübertragung — es fehlt nur der gesunde Mann, der sich das Blut abzapfen läßt. Neben „Freihändlern“ die für die Erleichterung des internationalen Warenverkehrs wenigstens schöne Worte finden, sprechen Leute die das Heil Europas und ihres Landes im „Schutz der nationalen Arbeit“ sehen — eine Redensart, die bekanntlich die Hungerzölle schönfärbend vergoldet. Wenn dann noch Allerpapierprofessoren ihre manchesterlichen Antiquitäten anpreisen, so erinnert das schon an aufgewärmten Kohl.

Herr Professor Cassel

ist Schwede, und womit wir Deutschen eigentlich seine Sympathie verdient haben, mag das desphische Orakel wissen. Wir begnügen uns mit der Feststellung, daß er uns liebt, und weil er dieser Liebe während des Weltkriegs Ausdruck gab, hält er sich — egoistisch wie Liebe nun einmal ist — für berechtigt uns alle Nase lang zu haranguierten. Es gab in der letzten Zeit kaum noch eine Scharmacher-Tagung wo nicht Gustaf Cassel idealistische Fäden wab, zwischen der brutalen kapitalistischen Selbstsucht und dem Wohl der Allgemeinheit. Keine sozialpolitische Frage tauchte auf, die Gustaf Cassel nicht ganz im Sinne der Borfig wissenschaftlich mit Tinte oder Redespude löste. Kein Tag ohne Cassel, und in respektlosen Hirnen reifte bereits der Plan, dem Mann davon zu unterrichten, daß es in Deutschland so etwas gibt wie den Begriff „fäitiger Ausländer“. Nun ist er in Genf, nun versucht er in Genf den Kapitalismus und Individualismus gesund, den Sozialismus und die Gemeinshaftarbeit tot zu reden. Möchte die Konferenz nie ein Ende nehmen. — Auch ein Deutscher hat gesprochen,

Herr von Siemens

einer der Herren, die 1918 unverdienterweise durch die weiten Maschen eines von den revolutionären Arbeitern leider nicht ausgelegten Netzes schlüpfte. Jetzt ist er persona grata und repräsentiert Deutschland in Genf. Was er dort sagte, haben wir schon hundert Mal und wirklich auch nicht viel Klüger in Deutschland gelesen. Seine Entdeckung, daß sich das Wirtschaftsleben nicht innerhalb der Landesgrenzen abwickelt, ist ebenso wenig neu, wie die Behauptung der „Abbau der wirtschaftlichen Hemmungen“, der „freie Spielraum für die wirtschaftliche Entwicklung“ sei Vorbedingung für die „Hebung des Lebensniveaus der Bevölkerungen“. Du wirst ein schöneres Leben schauen, Proletar, nur muß du erst gestorben sein. Den Herrn von Siemens nimmt man es durchaus nicht übel, wenn er behauptet, daß die wirtschaftliche Betätigung des Staates die Lebenshaltung der Bevölkerung schädigt. Herr von Siemens ist Ruhnießer der deutschen Eisenbahnen, die Reichseigentum sind und vom „Feindbund“ auf dem Umweg über Siemens und Genossen und mit deren Hilfe zum Schaden des deutschen Volkes ausgebeutet werden. Sturzil klingt es, wie Siemens „in der Hauptsache“

die Arbeitslosigkeit erklärt.

Sie entstand durch „die Verteuerung der Arbeitskraft“, also durch die Lohnerhöhungen. Die teurer-

Theodor Leipart 60 Jahre alt.

Am 17. Mai wird Theodor Leipart 60 Jahre alt. Wer, wie der Jubilar, rund 40 Jahre in der freien Arbeiterbewegung steht, davon über drei Dutzend Jahre in führender Stellung, der hat unseren Dank verdient, auch wenn er nicht vom Schicksal und durch besondere Tüchtigkeit an die Spitze der freien deutschen Gewerkschaftsbewegung gekommen wäre. Leipart steht an einer Stelle in der Arbeiterbewegung, wo der Dank aller nützlich denkenden Arbeiter und der Geister aller vom parteipolitischen Haß verwirrten Proletarier und Mächtigen proletarier zusammenstießen. Der 17. Mai 1927 wird beweisen, daß die überwältigende Mehrheit der deutschen Arbeiter, die Lebensarbeit eines Mannes, der sich seit Vertreten der Kinderjahre um das Wohl der Proletarier sorgt, dankbar einschätzt.

Noch unter dem Sozialisteneigeln, am 1. April 1887, erschien zum ersten Male im Verlag der Hamburger Verlagsgesellschaft Jensen u. Co. die „Nachzeitung der Drechsler und Gewerkschaften“. Zu den Gründern und Mitarbeitern dieser Zeitung gehörte auch der damals knapp zwanzigjährige Theodor Leipart. Diese Zeitung wurde das Stützglied der Vereine, die sich schon im August desselben Jahres zu einem Kongress zusammenfanden, wo sie die „Vereinigung der Drechsler Deutschlands“ gründeten, in deren Zentralvorstand auch Leipart gewählt wurde. In Leipart sehen wir also den typischen alten Gewerkschaftler, der mit der Bewegung wuchs, aus dem Wachstum lernte, und sich seine feste Lebens- und Weltanschauung bildete, die nicht durch hihige Redensarten erschüttert werden kann, sondern nur durch bessere Gründe — an denen es gerade den Kurzkritikern vorläufig noch mangelt.

Zwei Jahre später, 1889, wurde Leipart Redakteur des Verlags Jensen, der eine ganze Reihe Gewerkschaftszeitungen herausgab und für sie einen hauptamtlichen Redakteur brauchte. Vielleicht hat diese frühe Beschäftigung mit den Sorgen auch anderer als der eigenen Berufsgruppe dazu beigetragen, Leipart vor berusdüntelhafter Einseitigkeit zu bewahren und den Reim in ihn gelegt, der sich später als Vertreter der Gesamtarbeiterschaft so prächtig entfaltete. Am 1. Januar 1891 übernahmen die Drechsler ihre Zeitung selbst und beriefen Leipart als Redakteur. Am 1. April 1891 wurde er Vorsitzender der Drechslervereinigung. Zwei Jahre später, nach dem Zusammenschluß mehrerer Organisationen zum Deutschen Holzarbeiterverband wurde er dessen zweiter Vorsitzender. Die Belastung des ersten Vorsitzenden, des verdienten Carl Klotz, mit Reichstags-, Landtags- und Gemeinderatsmandat, spielte Leipart einen großen Teil der Arbeit in die Hände, und als Klotz 1908 in Hamburg (auf einer Agitationstour) starb, war es selbstverständlich, daß Leipart sein Nachfolger wurde. Was Leipart als Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes für seine Kollegen und für die Gesamtarbeiterschaft leistete,

werdende Arbeitskraft zwang die Unternehmer „zu der gewaltigen Umstellung, die als Rationalisierung bezeichnet wird“. Und „je teurer die Arbeitskraft wurde, desto mehr mußte zur vermehrten Ausnutzung der Maschinen übergegangen werden und hierdurch zunächst die Zahl der Arbeitslosen vermehrt werden“. Die Verteuerung der Arbeitskraft als Ursache der Arbeitslosigkeit anzuprangern, steht wirklich nachschäbiger Verleumdung der Gewerkschaften aus. Man muß aber das Bild, das Siemens dort zeichnete nur richtig hängen, damit alles wieder auf den Füßen steht. Die sogenannte Rationalisierung war notwendig. Wir selbst haben an dieser Stelle den Arbeitern geraten, dem weichmüßig gewordenen kapitalistischen Gaul die Sporen, Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung, zu geben, um ihn aus dem inflationistischen Zielgrund auf den Weltmarkt zu treiben. Auf dem Weltmarkt

das zu schildern geht über den Rahmen dieser Arbeit hinaus und bleibt berufenen Federn vorbehalten. Aber wir dürfen, ohne jemand zu verletzen, sagen, daß es Zeiten gab, wo Leipart und der Holzarbeiterverband für fast die gesamte Gewerkschaftsbewegung tonangebend waren.

Es kamen Krieg und Zusammenbruch, die an Willensstärke, Geist und Körper eines Gewerkschaftsführers sowie an die Stabilität der Organisation die höchsten Anforderungen stellten. Daß Leipart es wagen durfte, in dieser schweren Zeit seinen Posten zu verlassen und Württembergischer Arbeitsminister zu werden, stellt seiner Arbeit das glänzendste Zeugnis aus. Nur eine durchwegs stabile Organisation konnte es sich damals leisten, ihren Führer an die Gesamtbewegung abzutreten.

Wir wollen in einem Dankartikel nicht erörtern, warum die Ministerfälligkeit Leiparts nicht lange dauerte. Fast müssen wir uns heute freuen, daß Leipart „privatisierte“ als Ende 1920 unser unergründlicher Carl Legien das Zeitliche segnete. Wenn es damals in der freien Gewerkschaftsbewegung einen Mann gab, der frei von Verpflichtungen gegen seine eigene Organisation, das Zeug hatte, den schier Unersehblichen zu ersetzen, dann war es Theodor Leipart.

Als erster Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes amtierte Leipart seit Anfang 1921. Es ist die Art der Gassenhüben, das Hoch- und Freistehende als Ziel ihrer Würfe zu wählen. Wer Leipart nach den Aufträgen mancher Gazetten und den Reden der Apostel jener Gazetten einschätzt, muß in ihm den Quell alles Übels sehen, das die Arbeiterklasse drückt. Die Leute vergessen, daß wir den Dingen noch zu nahe stehen, daß die Dinge erst heranreifen, und daß es nur Mangel an Urteilsvermögen verrät, über die zukünftigen Ergebnisse gegenwärtiger Arbeit den Stab zu brechen. Was der ADGB unter Leiparts Führung bisher an praktischer Arbeit geleistet hat, steht turmhoch über der Kritik jener Leute, die Kritik um der Kritik willen üben und dabei zu somnischen Kritikoffern werden. Es liegt in der Natur unserer sachlich-nüchternen Gewerkschaftsarbeit, daß wir den Klotzwerkern nicht immer a tempo entgegenreden, weil in uns die männliche Scham vor dem verrufenen Personenkultus lebt — eine Scham, von der wir uns so selten freimachen können. Umso lieber und freudiger wollen wir heute Theodor Leipart den Dank darbringen für seine Arbeit um das Wohl und den Aufstieg des Proletariats.

Wir danken ihm und wünschen ihm bei seinem Aufstieg ins siebente Jahrzehnt ungetrübte Kraft des Geistes und des Körpers. Wir wissen, er wird sie nur zum Wohl der Arbeiterklasse anwenden, wie seine ganze vierzigjährige Tätigkeit stets nur diktiert wurde von der Sorge um seine Arbeitsbrüder. In dieser Bestätigung liegt alles: Dank für die Vergangenheit und Glückwunsch für die Zukunft.

mußten wir um die deutsche Wirtschaft zu retten. Dazu war es notwendig, die Betriebseinrichtungen zu modernisieren, sie den internationalen Produktionsbedingungen anzupassen, die Betriebe zu rationalisieren. Nicht nötig war es jedoch, Millionen von Arbeitslosen zu schaffen. Die Arbeitslosigkeit ist kein natürliches, sondern ein gesellschaftliches Produkt, d. h. ein Produkt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Ein durch die billigere Produktion ermöglichter, aber nicht vorgenommener Preisabbau, hätte die Arbeitslosigkeit stark eingeschränkt. Es war nicht die „Verteuerung der Arbeitskraft“, die den Arbeiter erwerbslos machte, sondern die privatkapitalistische räuberartige Ausbeutung eines volkswirtschaftlich notwendigen Vorganges. Herr von Siemens hat in Genf das Ausland angelogen als er behauptete, in Deutschland gäbe es zwei „Theorien“, die eine wolle eine Besser-

... durch Preisabbau, die andere durch Erhöhung der Löhne, durch Stärkung der Kaufkraft, herbeiführen. Es gibt daneben noch die

„Theorie“ der Vorkämpfer,

die weder die Preise abbauen, noch die Löhne erhöhen will und diese Theorie ist vor allem die Ursache unserer Arbeitslosigkeit. Ob es „sozial richtiger“ ist, möglichst viele Menschen mit niedrigen Löhnen zu beschäftigen oder weniger Menschen, die möglichst viel (!) verdienen, ist deshalb höchstens eine Frage Siemenscher Mikrowirtschaft. Wir fürchten, daß die Genfer Wirtschaftsdelegierten allesamt in den Genfer See gelanden sind, bevor Herr von Siemens diese „soziale Frage“ gelöst hat. Hoffentlich nehmen sie Siemens und Cassel mit — Gott füge, daß das Werk gedeihe ...

Jahresbericht des Hamburger Hafenbetriebsvereins.

II.

Der Bericht beschäftigt sich dann mit den „Arbeitsverhältnissen im Hamburger Hafen“: „Die Arbeitsleistung im Hamburg-Altonaer Hafenbetrieb hat sich sowohl hinsichtlich der gesamten Betriebsleistung, als auch, von Ausnahmen abgesehen, hinsichtlich der Leistung des einzelnen Hafenarbeiters auf der Höhe des Vorjahres gehalten.“

Von Ausnahmen abgesehen, sagt der Hafenbetriebsverein stets die laute Wahrheit. Nach seinem eigenen Bericht bewältigten im Berichtsjahr 13 979 Arbeiter 21 066 000 Tonnen, im Vorjahr dagegen 14 668 Arbeiter 19 391 000 Tonnen. Die Arbeitsleistung des einzelnen Hafenarbeiters ist also bedeutend gestiegen. Der Hafenbetriebsverein wird allerdings von einem Trugschluß reden und auf seine Gegenüberstellung verweisen. Danach wurden 1925 je Schicht 9,7 Tonnen geleistet, 1926 dagegen 9,8 Tonnen. Er kommt zu diesen Zahlen dadurch, daß er Getreide, Kohlen und Mineralöl einfach von der Umschlagmenge abzieht. Wahrscheinlich will er den Umschlag dieser Massengüter nicht als menschliche Arbeitsleistung gelten lassen, weil sie in der Hauptsache mechanisch bearbeitet werden. Dadurch bringt sich der Hafenbetriebsverein in den Verdacht, harmlose Fellei zu einem Trugschluß verleiten zu wollen, denn wenn er, im Anschluß an das oben wiedergegebene Zitat, von der „Notwendigkeit der Erhaltung und Steigerung der Leistungsfähigkeit des Hamburger Hafens“ (angefaßt der ausländischen Konkurrenz) spricht und hinterher einen Rückgang der Schiffsleistung von je 0,1 Tonne konstatiert, so wird damit die „Konkurrenzunfähigkeit“ Hamburgs den „faulen“ Hafenarbeitern (wenn auch als „Ausnahmefall“) als Schuld angetrieben. Die Konkurrenzfähigkeit eines Hafens beruht heute nicht mehr allein auf der lebendigen Arbeitskraft, sondern auch auf seinen ganzen Einrichtungen und vor allem auf den mechanischen Hilfsmitteln. Diese mechanischen Hilfsmittel haben, da der Bericht nur 14,8 Mill. Tonnen in Rechnung stellt, 6,2 Mill. Tonnen umgeschlagen. Können wir auch eine Bilanzrechnung aufmachen? Nehmen wir an, es würde in den beiden letzten Jahren je umgeschlagene Tonne 1 RM. verdient. Dann hätten die Hafenbetriebsunternehmer 1926 einen Gewinn von rund 21 Mill. RM. gegen 19,4 Mill. im vorhergehenden Jahr

— bei 689 weniger beschäftigten Arbeitern. Wir glauben, daß sich hier ein Feld für die Hebung der Hamburger Konkurrenzfähigkeit bietet.

Wir haben schon gesagt, daß die Zahl der werktätig beschäftigten Kartenarbeiter von 14 668 auf 13 979 sank. Auch die Zahl der „eingezeichneten“ Arbeiter ging um 168 von 15 557 auf 15 389 zurück. Im Bunkerbetrieb mußten 136 (von 488) der Maschine weichen. „Eingeschriebene“ Speicherarbeiter gingen von 1083 auf 1054, Getreidearbeiter von 125 auf 119, Kolarbeiter von 3685 auf 3575 und Ladungskontrollure von 724 auf 696 zurück, während das Hafenschiffahrtspersonal mit 1364 gleich blieb und Ewerführer und Schauerleute um 6 und 81 stiegen. Die Zahl der „ständigen“ Arbeiter ging von 5634 auf 5456 zurück.

Der Hafenbetriebsverein beschäftigte im werktätigen Durchschnitt

Table with 4 columns: Category, 1925, 1926, Unterschied. Rows include Stapelbetrieb, Korbetrieb (privat), Ewerführerbetrieb, Bunkerbetrieb, Speicherebetrieb, Kornspeicherbetrieb, Schiffs- und Kesselreinigungsbetrieb, Ladungskontrolle, Hafenschiffahrt, Insgesamt.

Nach dem Bericht hat die Intensität der Arbeitsmöglichkeit sehr stark geschwankt. Während z. B. im Juni 1926 Schauerleute beschäftigt wurden, waren es im Oktober 5775 und im Dezember gar 6182. Insgesamt beschäftigte der Hafenbetriebsverein im Juni 17 454 Karten- und Gelegenheitsarbeiter, im Oktober 20 292 und im Dezember 21 016. Im Jahresdurchschnitt wurden 18 386 Arbeiter beschäftigt (1925 waren es 19 025), davon waren nur 13 979 gewöhnliche Hafenarbeiter, während 4407 Gelegenheitsarbeiter waren, die sich der Hafenbetriebsverein vom staatlichen Arbeitsnachweis vermitteln ließ. Während der Bericht der Leistung der Kartenarbeiter („von Ausnahmen abgesehen“) einigermaßen Gerechtigkeit widerfahren läßt, sagt er weiter, es sei „über die Leistung der ... Gelegenheitsarbeiter wiederholt geflagt worden, insbesondere, wenn bei sehr großen Arbeiteranforderungen aus anderen Berufen Arbeitsjunge geistert wurden, die mit Hafenarbeit sonst nichts zu tun haben.“ Damit wird zugegeben, daß die Klagen über mangelhafte Leistung einzig und allein durch die falsche Organisation der Arbeitsverteilung durch den Hafenbetriebsverein begründet werden. Da der Verein die Mitwirkung unserer Organisation ablehnte, trägt er ganz allein die Verantwortung für die „Erzeugung der Leistungsfähigkeit des Hamburger Hafens“.

Die Lohnbewegungen und ihre Erfolge, vor allem der höhere Aufschlag für die unmittelbar hinter der ersten gearbeitete zweite und dritte Schicht, der wohl zum Untergang der Arbeiterzahl in den letzten Monaten beigetragen hat, sind bekannt. Zurückweisen müssen wir wie früher schon den Lohnstreik des Hafenbetriebsvereins. Er bringt die Lohnsätze von 1913, 1924, 1925, 1926 und die seit dem 1. Januar 1927 geltenden. Wir beschränken uns auf 1913 und 1927. Nach dem Bericht liegt der Lohn des Schauermanns von 100 auf 158,33, während die Preise nur auf 146,92 stiegen. In Wirklichkeit liegt der Lohn von 5,40 RM. auf 7,80 RM. oder von 100 auf 140,75. Selbst wenn wir den Lebenshaltungsindeks von 146,92 als richtig anerkennen, bleibt der Lohn hinter der Teuerung

zurück. Darüber helfen alle mathematischen Kunststücke des Hafenbetriebsvereins nicht hinweg. Da der Bericht eine Stabilität der Preise erndet, die bei den „geringeren“ Schwankungen keinen Lohnausgleich erfordert, halten wir es für notwendig, den Verein darauf aufmerksam zu machen, daß der heutige Hafenarbeiterlohn noch nicht den Realwert des Lohnes von 1913 hat. Die Rechnung über den Durchschnittslohn verdient ist nur von ganz geringem Wert. Die ständigen und unständigen Hafenarbeiter (ohne Bunker- und Hafenschiffahrt) haben 1925 312 576, im Berichtsjahre 292 401 Schichten gearbeitet. Der Schichtlohn betrug im Durchschnitt im Vorjahr 7,41 M., im Berichtsjahr 8,12 M. Im Berichtsjahr hatte jeder „durchschnittlich“ 21,5 Schichten im Monat, 1925 dagegen 22,1 zu bewältigen. Daß dieser „Durchschnitt“ eine arge Irreführung ist, brauchen wir nicht besonders zu betonen. Für die Bunkerleute im Handbetrieb wird bei durchschnittlich 17,4 Schichten ein durchschnittlicher Monatsverdienst von 268,50 (gegen 195,79) M. angegeben. Der Durchschnittsverdienst der Kollegen in der mechanischen Bunkerlei soll gar bei 14,5 Schichten 329,57 (gegen 351,43) Mark betragen haben. Das ist dem Hafenbetriebsverein zu viel, worauf wir unsere Kollegen warnend aufmerksam machen.

Im Harburger Hafen ist der Durchschnittslohn für die festen Arbeiter von 9,52 auf 9,23 M. und für die Hilfsarbeiter gar von 11,79 auf 9,10 M. zurückgegangen.

An der Sozialpolitik hat der Hafenbetriebsverein allerlei auszuüben. Wir auch — aber deshalb werden wir mit dem Verein doch nicht einig. Es ist vielmehr notwendig, gegen eine Organisation, deren Lebenszweck in jedem Wort und jeder Tat eine unerföhrliche Abneigung verrät, die Hafenarbeiter als gleichwertig anzusehen, auf der Hut zu sein. Für die Hamburger Hafenarbeiter gibt es wahrlich nichts Dringenderes, als ihre Organisation auszubauen. Das sagt der Jahresbericht des Hafenbetriebsvereins in jedem Abschnitt.

Bremen 1925—1926.

Wie in allen größeren Hafenstädten, so ist auch in Bremen die Beschäftigungsmöglichkeit zu einem erheblichen Teil von der über unsere Häfen laufenden Ein- und Ausfuhr abhängig, die sehr zu wünschen übrig läßt. Dazu kommen noch die Rationalisierungsmassnahmen der Unternehmer in den Industrie- und Hafenbetrieben, mit der Tausenden von Arbeitern die Beschäftigungsmöglichkeit geraubt wurde. Die Abnahme der Arbeitslosenziffer erfolgte bisher mit einer Langsamkeit, die zu ersten Besorgnissen allen Anlaß gibt. Die Schaffung technischer Neuerungen, die Entpannung und Ausnutzung der Arbeitskraft des einzelnen Arbeiters im Transportgewerbe sowohl als auch in den Hafenbetrieben, haben trotz Ausschaltung zahlreicher Arbeiter die Gesamtleistungen gewaltig gesteigert. Die Klagen der Unternehmer über nicht „genügende“ Leistungen sind allmählich verstummt, und schärfer gesteht man ein, mandam auch ungewollt durch die Betanungabe von Rekordziffern, daß die Leistungen sich „gebessert“ haben. Wir können und müssen auf Grund dieser Feststellungen immer wieder von neuem die Herabsetzung der Arbeitszeit auf täglich acht Stunden verlangen.

Trotz intensiver Agitationsarbeit verloren wir im Jahre 1926 insgesamt 286 Mitglieder, so daß der Mitgliederbestand am Schluß des Jahres 5888 betrug. So kommt es, daß die von uns in den beiden Berichtsjahren geführten Lohnbewegungen

Erinnerungen und Erlebnisse.

Von Angelica Balabanoff.

Angelica Balabanoff ist eine der markantesten Gestalten des internationalen Sozialismus. Kuffin von Geburt, Italienerin aus Reigung, Deutsche aus Verehrung von den deutschen Schöpfern des Marxismus, in England und Frankreich heimlich wie eine Tochter der Länder, so verpörrt sie die beste lebende Tradition internationaler Seimaisgenussung aus sozialistischem Gelfte, der dort wohnen will, wo das Proletariat wohnt, das in aller Welt die eine einigende graue Nationalfarbe der Entfremdung hat. Angelica Balabanoff war die bekannteste Dolmetscherin auf den großen internationalen Kongressen des Sozialismus der Vorkriegszeit, Mitglied des Parteivorstandes der italienischen Sozialdemokratie und Redaktörin des „Avanti“ als Helferin Mussolinis. Sie organisierte nach Kriegsausbruch die internationale sozialistische Abwehrbewegung, war Mitbegründerin und erste Sekretärin der Zimmerwalder-Richtungsbewegung gegen den Krieg, die sie von ihren Anfängen an erlebte. Diese dürften in ihren Einzelheiten für die große Weltöffentlichkeit noch völlig unbekannt sein, so daß Angelica Balabanoffs Mittelungen über Motive und Art der Organisierung der revolutionär-pazifistischen Antikriegsbewegung der internationalen proletarischen Front dem stärksten Interesse begegnen werden. Gerade heute, wo der Kampf gegen Krieg und Kriegsgefahren wiederum von den breiten Volksmassen aufgenommen werden muß, da sich der Genfer Weltbund als Fieberzagsdeklaration ohne praktische Bedeutung, vor allem wegen seiner Passivität zu den Ereignissen in China und der Kriegstreibereien des faschistischen Italien auf dem Balkan, ausweist, werden Angelica Balabanoffs Zimmerwalder Erinnerungen im Zusammenhang mit ihrer Kritik der Zweiten Sozialistischen Internationale von höchstem aktuellen Reiz.

Wichtig ist die Schilderung des Lebens und Treibens in den ersten Jahren der Bolsche-

wikenherrschschaft in Rußland. Mit einem Wahrheitsfanatismus und ethischen Pathos sonstgleichen umreißt Angelica Balabanoff, die wegen ihrer Verdienste um die Revolutionierung des europäischen Proletariats sehr bald zum Sekretärin der kommunistischen Internationale ernannt wurde, das Leben des russischen Volkes wie die merkwürdige Atmosphäre aus Begeisterung, Konspiration und Haß, die um die Führer der Sowjetrepublik schwebte und in dem Bewußtsein mancher von ihnen die Gedächtnis: privater Ehrgeiz gleich Nutzen des russischen Proletariats aufsteigen ließ. Angelica Balabanoff trennte sich schließlich von den Bolschewik, als deren System terroristisch an die Wurzeln und Lebensbedingungen des westeuropäischen Proletariats und Sozialismus zu greifen begann.

Mit innerem Widerwillen, wie sie berichtet, mit spigen Fingern, aber dennoch tiefgreifend, beschäftigt sich Angelica Balabanoff mit Herrn Mussolini und seinem Faschismus, dem organisierten Räuberstum, wie die Verfasserin das nennt. Angelica Balabanoff kennt Mussolini von seinen Anfängen als hungernder und bestellender Emigrant in der italienischen sozialistischen Kolonie der Schweiz bis zu seinem Ausscheiden aus der Redaktion des „Avanti“, des Zentralorgans des italienischen Sozialismus, während des Krieges. Sie war bis zu diesem Augenblicke dauernd an seiner Seite, als Führerin und Kollegin, auf den eigenen Wunsch des Herrn Mussolini, der auch damals schon ohne geistige Hilfe an anderer nicht existieren konnte. Heute ist er zwar Diktator, aber dennoch färbt Angelica Balabanoff sein Charakterbild in der Weise: es wirkt so erschütternd wie grotesk im Hinblick auf die heutige Rolle des Faschistenführers, die eine Potenzierung schon früher an ihm beobachteter Charaktereigenheiten darstellt! Mussolini, der „Retter“ des bürgerlichen Staates, das belabuherte Vorbild aller politischen Verbündeten, der Herr der „Parten“ Männer und Blaupausen des In- und Auslandes, nun — dieser starke Mann, wie er vor einer Arbeiterdemonstration im Parteizentralen aus Angst vor der Polizei freitritt und eine Frau, eben Angelica Balabanoff, vor sich, läßt seine hinter Frauenrücken verborgene — das ist ein Bild vom Steinerweihen und paßt prächtig zu dem soziologisch-materiellen Hintergrund seines Aufstieges

und des seiner Bewegung, die kaum jemals vorher so an den Wurzeln gefaßt und in ihren Motiven angepaßert worden ist! Und der Mussolini, der zu den bekannten Fabrikbesetzungen geht mit seinen aus Lumpenproletariats bestehenden Faschistenbanden von 1919/20 und sich dafür von den verärgerten oder italienischen Industriellen bezahlen läßt, um dann mit ihrer Hilfe und ihrem Gelde den March auf Rom anzutreten, dieser Mussolini ist identisch mit demjenigen, der Atlantik auf sich bezogen und organisiert, weil er seine Abstammung aus der Hand Gottes durch glückliche „Errettungen“ zu dokumentieren Gelegenheiten braucht.

Das Schlußkapitel dieser Erinnerungen, in dem Angelica Balabanoff noch einmal das ihmachvolle Register von Blut und Schande der offiziellen italienischen Regierungspartei und ihres Häuptlings zieht, gehört zu den ergreifendsten und erschütterndsten Anrufen der internationalen Menschlichkeit, die in den letzten Jahren aus mitleidigem und mitfühlendem Haß geschrieben wurden!

Die Wirtschaftstür.

Zu arg getrieben. In einer Straße stand eines Tages ein Mann mit einem Meterstod in der Hand. Er trat auf die Tür eines Wohnhauses zu, moß ihre Höhe und Breite und griff sich dann an die Stirn. Das Maß schien nicht zu stimmen. Er moß zum zweitenmal und schüttelte nachdenklich den Kopf. Er moß zum dritten, vierten und wiederhöften Male und überlegte wieder. Allmählich hatte sich ein Haufe neugierigen Volkes angesammelt. „Was tun Sie denn eigentlich, lieber Mann?“ fragten einige. „Was ich tue? — Die Tür ist verkehrt! — Die Tür ist keine zwei Meter hoch, und doch, ich behau sie Haus — es ist hindurchgegangen — ich behau einen Maß — er ist hindurchgegangen —, meine Scheune, meine Kühe, meine Pferde, meine Felder, meine Wälder, sie sind hineingegangen, alles was ich hatte, Wohlstand, Friede, Glück, Ehre und Gewinnen — sie sind hineingegangen, und wenn ich jetzt selbst hinein will — wird man mich hinaus, denn ich habe keinen Pfennig mehr.“

*) E. Lausche Verlagbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30, 19 Hogen, Großhofen. Mit einem Vorwort der Verfasserin. Preis broschiert 6,50 RM., kartoniert 6,— RM., Peltan 7,— RM.

einem größeren Kreis von Unorganisierten mit zugute kommen, die ernten, ohne geizig zu haben.

In 87 Bewegungen hat die Organisation für 8693 Beschäftigte ein jährliches Mehrertrömmen von 2.464.942 M. erkämpft, wobei für die Angehörigen einzelner Berufsgruppen ein wöchentliches Mehrertrömmen von über 28 M. zu verzeichnen war.

Die Betriebsrätebewegung innerhalb unserer Organisation ist in erfreulicher Aufwärtsentwicklung begriffen. Im Jahre 1925 zählten wir in 34 Betrieben 140 Betriebsräte und 17 Betriebsobmänner, im Jahre 1926 bereits in 41 Betrieben 19 Obleute und 150 Betriebsräte, von denen zwei von der Arbeit freigestellt sind und einer im Ausschichtat tätig ist.

Arbeitslosigkeit und zu lange Arbeitszeiten sind die geeigneten Mittel, die Arbeiterklasse auch physisch zu schwächen. In den beiden Berichtsjahren wurden an 1067 erwerbslose Mitglieder 20.655 M., an 2474 erkrankte Mitglieder 46.650 M. Unterstützung gezahlt. Dazu kommen weitere 14.010 M., die als Beerdigungsbeiträge, Weihnachts-, Kossall-, Reise- und Streikunterstützungen sowie für Rechtschutz den Mitgliedern zugute kamen, so daß die Summe der an die Mitglieder direkt zurückgekauften Gelder sich auf 81.624 M. beläuft.

Für die Gruppe Seefleute waren in den Berichtsjahren 11 Lohnbewegungen nötig. Die dabei erzielten Steigerungen der Monatslöhne sind nach den Chargen der Empfänger abgestuft. Jungen erhielten Zulagen bis zu 10 M., die höheren Chargen solche bis zu 40 M. im Monat. In einem Falle wurden durch einen nur einige Stunden währenden Streik Nachzahlungen von 30 bis zu 60 M. durchgesetzt.

Die Reedereien verjuchen immer wieder, den Tarif nach ihrem Guldanken auszuliegen. Wir treten in mehr als 300 Fällen ein, um unsere Kollegen vor Schaden zu bewahren. Während es uns in den weitaus meisten Fällen gelang, mit den Schiffseleitungen eine Einigung zu erzielen, mußten wir in 16 Fällen das Tarifschiedsgericht anrufen. In 7 Fällen konnten wir günstige Urteile oder Vergleiche erzielen, dagegen wurden wir mit 3 Klagen abgewiesen. 6 Klagen waren am Schluß des Jahres noch nicht entschieden. Die Summen, die durch unser Vorgehen den Kollegen zuzuführen, sind ziemlich erheblich. In einem Falle gelang es uns, eine Dampfer Reederei zu zwingen, 950 M. zu zahlen, um welche Summe sie die Reute geschädigt hatte. Es bleibt noch zu erwähnen, daß neben den Tarifschiedsgerichts-Klagen mehrere Amtsgerichtsklagen anhängig gemacht wurden, die in zwei Fällen einen Erfolg brachten und sich zum Teil noch in der Schwere befinden; soweit wir die Sachlage übersehen können, finden auch diese zugunsten unserer Kollegen ihren Abschluß.

Der Ausbau unserer Bildungsmöglichkeiten hat in der Berichtszeit die ihnen gebührende Förderung erfahren. Sie machte sich besonders notwendig, als unsere jahrelangen Bemühungen, die wir der Gründung einer Jugendgruppe u. p. c. gewidmet hatten, von Erfolg gekrönt wurden. Am 4. September 1925 ins Leben gerufene Jugendgruppe beweist immer wieder, daß sie Zweck und Sinn der Bewegung vollumfänglich begriffen hat.

Wir dürfen unsere Betrachtung nicht abschließen, ohne noch der 73 in den Jahren 1925 und 1926 von uns gegangenen Kolleginnen und Kollegen zu gedenken. Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten. Auch die, werden ihr Andenken stets in Ehren halten. Auch derjenigen sind zu erwähnen, die mehr als ein Vierteljahrhundert als aufrechte Kämpfer in der Organisation gekämpft haben und denen zu Ehren die Ortsverwaltung am 12. Juni 1926 eine gut gelungene Jubiläumssfeier veranstaltete. Die Jubiläumssfeier vereinigete 131 Bundesjubilare.

Im tausenden Jahre gilt es, die Scharte, die wir in der Mitgliederbewegung erlitten haben, wieder auszuweihen und darüber hinaus die Reihen der Organisation so aufzufüllen, daß die Verwaltung den ihr in nächster Zukunft entstehenden Aufgaben gerecht werden kann. Tut jedes einzelne Mitglied seine Pflicht, so braucht uns um den Erfolg nicht zu bangen. Also, Kollegen, an die Arbeit, werbt und agitiert für Eure Organisation, für den Deutschen Verkehrsband!

30 Jahre Organisation in Magdeburg.

Am 1. Mai waren es 30 Jahre, daß die Ortsverwaltung Magdeburg des Deutschen Verkehrsbandes besteht. Wie in den anderen größeren Städten Deutschlands schon in den achtziger Jahren Vereine der Hausdiener und Kontorboten bestanden, so hatten wir auch hier am Dreiein solchen, der jedoch als „blauer Verein“ galt. Dieser Verein wurde dann von einem anderen Vorstand unter dem Namen „Verein nichtgewerblicher Arbeiter“ in freigezelligkeitsähnlicher Form weitergeführt. Im Jahre 1890 kam der große Magdeburger Streik, in dem die Vorstandsmitglieder der gesamten Fachvereine angeklagt waren, weil in den Vereinen angeblich Politik getrieben worden sei. Nach dem Antrage des Staatsanwalts wurden alle 50 Angeklagten verurteilt und die bestehenden 15 Vereine geschlossen. Darunter befand sich auch der „Verein der nichtgewerblichen Arbeiter“. In den folgenden Jahren wurde mit den Sozialvereinen in anderen Orten Verbindung und Fühlung gesucht und auch hergestellt, und im Herbst 1894 wurde in Magdeburg der hier dahin geschlossene Verein sämtlicher nichtgewerblicher Arbeiter wieder errichtet. Zu Weihnachten 1898 fand der Kongress in Altenburg statt, wo der Zentralverband gegründet wurde. In einer Versammlung des Lokalvereins in Magdeburg am 25. April 1897 wurde mit 73 gegen 6 Stimmen der Anschluß des Lokalvereins am 1. Mai 1897 an den Zentralverband beschlossen. Nunmehr begann erst die eigentliche, äußerst schwierige Organisationsarbeit, die von dem kleinen Häuflein der damals tätigen Funktionäre unter ganz schweren Umständen in der Hauptkassette abends nach der langen Arbeitszeit geleistet werden mußte. Hierbei stützten sich der Aufführungsarbeit

Deutscher Verkehrsband

Mitgliedschaft Hamburg:

Die Mitgliederzahl stieg im ersten Quartal um 613, der Kassenbestand um rund 100 000 Mark.

Mitgliedschaft Leipzig:

Die Mitgliederzahl stieg im ersten Quartal um 591, der Kassenbestand um rund 9 000 Mark.

Welche Mitgliedschaft

kann es besser



nicht nur große Hindernisse in der Interessenlosigkeit und Gleichgültigkeit der abseitsstehenden Berufscollegen, die durch ihre übermenschlich lange Arbeitszeit von täglich 15 Stunden und noch mehr abends vollständig abgestumpft waren, in den Weg, sondern der damals besonders unter den Kollegen Kutscher im Fuhrgewerbe noch übliche übermäßige Alkoholgenuß trug auch dazu bei, daß abends Versammlungen dieser Berufscollegen überhaupt nicht abgehalten werden konnten. Diese Berufsangehörigen mußten dann Sonntags vormittags einzeln in den Ställen und auf den Fuhrhöfen für die Organisation gewonnen werden. Als drittes Hindernis kamen noch die Polizei und die sonstigen Behörden hinzu, die unseren Kollegen ihre schwere Aufklärungs- und Organisationsarbeit durch Schikanen und Scherereien manchmal zur wahren Hölle machten. Aber alle Hindernisse wurden überwunden, und der Organisationsgedanke setzte sich auch in den Kreisen unserer Berufscollegen immer mehr durch.

Nachdem es gelungen war, die Zahl der organisierten Berufsangehörigen immer mehr zu vergrößern, konnte auch an die Verbesserung der ganz miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse gegangen werden. Hier galt es, den Kampf mit den Unternehmern, und zwar mit den rüchsfähigsten von allen, aufzunehmen, denen es ganz unsahbar war, daß ihre „Knechte“ sich erdreisten konnten, Forderungen an sie zu stellen. Besonders auf die verfluchten „Beger“ hatten es die „Herren Fuhrwerksbesitzer“ abgesehen. Mander Vertreter der Kollegen, der zur Verhandlung zu den Unternehmern auf den Fuhrhof kam, hat damals mit dem bekannten „Reisfenchel“ Bekanntheit machen müssen. Es nützte jedoch alles nichts, denn auch diese rüchsfähigen Unternehmer mußten sich wohl oder übel dazu bequemen, Zugeständnisse zu machen. Durch die Kulturarbeit, die hier geleistet wurde, war es erst möglich, die Kollegen zu wirtlichen freien Menschen zu machen.

Nachdem die Mitgliederzahl im Jahre 1901 auf etwa rund 700 gestiegen war, wurde beschlossen, einen Kollegen anzustellen. In einer Versammlung am 14. September 1901 wurde beschlossen, den Kollegen Ferdinand Bender, jetzt Reichstagsabgeordneter und Mitglied unseres Bundesvorstandes, ab 1. Oktober als Geschäftsführer anzustellen. Von jetzt an nahm die Mitgliederzahl auch einen ununterbrochenen Aufstieg, so daß schon nach ein paar Jahren die zu leistende Arbeit nicht mehr von einem Angeestellten durchgeführt werden konnte, da auch nach die Tätigkeit im Gau hinzukam, so daß später weitere Kollegen angestellt wurden. Das Jahr 1906 brachte mit dem großen Kutscherstreik im Frühjahr den Höhepunkt der Organisation im Transportgewerbe. Dieser Streit, an dem 512 Kollegen beteiligt waren, wurde mit einer Schärfe und Erbitterung geführt, wie wohl selten ein Streit — wobei gegen die Streitenden die gesamte bürgerliche Presse, Polizei, Streikbrecher, Militär usw. aufgebodet wurden — er endete aber trotzdem nach einer Dauer von vier Wochen mit einem Erfolg für die Kollegen. Hierbei soll noch einmal mit in Erinnerung gerufen werden, daß aus Anlaß dieses Streiks nicht weniger als 64 Kutscher, 2 Frauen und sogar 2 Kinder angeklagt wurden, wozon 37 Angeklagte zu insgesamt 81 Monaten Gefängnis verurteilt und 22 Angeklagte freigesprochen wurden.

Im Jahre 1910 kam der Zusammenschluß der drei Verbände der Transportarbeiter, Hafensarbeiter und Seefleute. Von diesem Zeitpunkt an nahm die Organisation einen weiteren stetigen Aufstieg. Die Mitgliederzahl war bis zum Jahre 1914 in der Verwaltungsstelle auf rund 4000 gestiegen. Der Weltkrieg vernichtete vieles, und die Mitgliederzahl sank bis zum Jahre 1916 auf 1508. Von 1917 ab war aber wieder ein stetes allmähliches Aufsteigen zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl erreichte dann im Jahre 1921 den höchsten Stand mit 6655 Mitgliedern.

Durch die Inflationsverhältnisse wurde auch die Magdeburger Verwaltungsstelle weit zurückgeworfen, aber die Stürme haben nicht vermindert, das stolze Gebäude der Organisation zu erschüttern, weil es durch das Vertrauen seiner Mitglieder viel zu gestützt war. Rüd-sichtslos hat das Unternehmertum die schäpplische Zeit ausgenüßt und den Kollegen ganz traurige Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufgezungen, und nur mit vieler Mühe ist es erst allmählich gelungen, diese zu verbessern. Die Verwaltungsstelle Magdeburg hat die Schwierigkeiten überwunden und steht gesund und gestützt mit rund 4000 Mitgliedern da. An dieser Stelle sei all den vielen, ungezählten Mitgliedern und Funktionären, die durch ihre Treue während dieser langen und schweren Zeit die Organisation hochgehalten und für sie gearbeitet haben, der Dank ausgesprochen.

Aus Anlaß des dreijährigen Bestehens der Ortsverwaltung wird am Sonnabend, den 21. Mai, im Konzerthaus eine große Jubiläumssfeier stattfinden.

Lloyale Unternehmerpraktiken.

Reichstagsabgeordneter Genosse Oscar Sed, Mannheim, hat an die Handelskammer für den Kreis Mannheim das folgende Schreiben gerichtet:

Mannheim, 20. April 1927.

An die Handelskammer für den Kreis Mannheim, in Mannheim.

Ich beklage Ihnen den Empfang Ihrer Zufahrt vom 5. April d. J., in der Sie mir den Dank Ihrer Vollversammlung für mein kürzlich erneutes Eintreten im Reichstag zugunsten der Mannheimer Wirtschaft aus Anlaß der Beratungen des Etats des Reichsverkehrsministeriums zum Ausdruck bringen. Ich bezeuge sicherlich auch bei Ihnen vollen Verständnis, wenn ich der Meinung bin, daß auch diese meine parlamentarische Aktion, wie alle früheren in ähnlicher Sache, der Wirtschaft der Stadt Mannheim und Ihres Bezirks als Ganzem dienen, mit anderen Worten: daß sie das Interesse der in ihr arbeitenden sogenannten Arbeitnehmer, der Arbeiter und Angestellten, natürlich auch zum mindesten ebenso fördern sollte wie das der Unternehmer. Es liegt eben hier, wie in wirtschaftspolitischen Fragen sehr oft, insofern der Fall einer gewissen Interessensolidarität von Arbeitnehmer und Unternehmer vor, als, wenn die Rheinischfälische Handelerlei, es eben auch — vielleicht sogar in erster Linie — den darin beschäftigten Arbeitern schlecht geht, während, wenn es gelingt, durch die von mir angeführte Tarifreform der Reichsbahn den Güterverkehr auf dem Rhein zu heben, mit der finanziellen Lage der beteiligten Unternehmungen sich natürlich auch die materiellen Verhältnisse der Arbeiterschaft heben würden: durch die Abnahme der Zahl der Arbeitslosen auf der einen Seite und durch Lohnerhöhungen für die noch in Arbeit Stehenden auf der andern.

Daß „vom Profit der Schornsteine raucht“, das hat ja auch August Bebel gewußt und ausgesprochen, und ich stelle diese Binsenwahrheit nur deshalb fest, weil ich zu meinem Bedauern höre, daß meine Ausführungen über die bedräugliche Lage der Rheinischfälischen Wirtschaft in der Reichstagsdebatte vom 25. März d. J. von dem Vertreter einer großen Mannheimer Reederei bei kürzlich stattgehabten Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches im Lohnstreit der Hafnarbeiter von Mannheim, Ludwigshafen und Rheinau vor dem Landesoberschlichter in Karlsruhe, wie auch vom Syndikus des Arbeitgeberverbandes für das badisch-pfälzische Transport- und Verkehrsgewerbe anlässlich ähnlicher Verhandlungen dazu benutz, besser gesagt: mißbraucht worden sind, um das Unvermögen zur Bewältigung höherer Löhne an die Arbeiterschaft nachzuweisen. (Auch in der Rheinischfälischen Bewegung konnten wir diese Praxis feststellen. Red.)

Es hat sich hier ein Vorfall wiederholt, der sich auf ähnlicher Falladen-Grundlage hier nach der Rede abspielte, die der badische Herr Innenminister Dr. Kummels am 18. Dezember v. J. bei der Weihe des neuen Gebäudes der Mannheimer Handelskammer über die Lage der Mannheimer Wirtschaft gehalten hat. Minister Dr. Kummels sah sich damals veranlaßt, in einem Schreiben an die Bezirksverwaltung Mannheim-Ludwigshafen des Deutschen Verkehrsbandes, die Organisation der Arbeitnehmer, gegen diesen Mißbrauch seiner Worte Verwendung einzulegen, und zwar gegen denselben Unternehmervertreter, um den es sich in einem der vorliegenden beiden Fälle handelt.

Ich sehe mich gezwungen, auch in meinem Fall gegen derartige lloyale Unternehmerpraktiken aufs entschiedene zu protestieren, und muß vor allem auch den unerbörten Versuch von Unternehmerseite zurückweisen, einen Parlamentarier gegen die Angehörigen der von ihm vertretenen Klasse auszuspielen ohne jede Rücksicht auf die Wirkung, die dieses Vorgehen auf das Verhältnis der beiden Parteien haben muß. Ich bin natürlich weit davon entfernt, meine weitere Tätigkeit in Parlament und Presse zugunsten der Mannheimer Wirtschaft durch derartige unangenehme Erfahrungen mit einzelnen Unternehmern beeinträchtigen zu lassen; dafür liegen mir diese Dinge, die, wie oben gesagt, in eminentem Sinne auch eine Sache der Arbeiter und Angestellten sind, zu sehr am Herzen. Ich wäre der Leitung der Handelskammer aber zu Dank verpflichtet, wenn sie bei Ihren Mitgliedern — und es handelt sich in den oben angeführten beiden Fällen um solche — dahin wirken würde, daß in Zukunft eine derartige mißbräuchliche Auswertung ganz anders gemeint und zu beurteilender parlamentarischer Aktionen unterbleibt.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

(gez.) Oscar Sed, M. d. K.

Helfen wird es zwar nicht, doch kann es nicht schaden, den Unternehmern es und zu einem Spiegel vorzuführen.

Der Bundesbeitrag für die 21. Woche

(15. bis 21. Mai 1927) ist fällig.

Die steigende Konjunktur

setzt uns in den Stand mit widerstrebenden und gewerkschaftsfeindlichen Unternehmern unter Umständen ein erstes Wort zu reden. Damit wir dies "Geprüf" auch durchhalten können, müßt du Kollege deinen fälligen Beitrag sofort zahlen.

Neizehn Monate erwerbslos.

Von einem schon anderthalb Jahre erwerbslosen Kollegen erhalten wir folgende Zeilen: "Na, Meinh, noch keine Arbeit? Wie lange denkst du denn noch auf dem Nachweis herumzulungern? Was mich betrifft, so laß mich mit der ewigen Suche nach Arbeit in Frieden. Ich hab es ausgegeben. Man halt sich seine Unterstützung, die natürlich nicht hin und her reicht und verdient sich den Rest als Hossänger. Das ist noch immer besser als das verfluchte Betteln. Ich gebe meine Kunst, die Leute genießen meine großartige Stimme und gibt's in dem einen Hause nichts, dann eben in anderen, wie es trifft. Gestohlen wird im Kopf, und wenn es da mal nicht klappt, irgendwo anders. Paß auf, da regt sich was am Schalter, möglicherweise kommt eine Arbeit heraus, die mir auf den Leib zugeschnitten ist, also verdüßle ich, Nach's jut..."

Wieder vergeblich gehofft. Einmal fehlt es an der beruflichen Eignung, das andere Mal ist man zu alt. So geht's dir, Prolet. Aber du bekommst doch regelmäßig deine Unterstützung? Das stimmt. Wenn einer aber so seine achtzehn Monate hindurch von der Unterstützung "leben" soll, so spürt er von Monat zu Monat immer mehr, daß er damit nicht leben kann, obgleich man sich in anderthalb Jahre allenthalben abgewöhnt hat. Es möchte noch gehen, wenn man mit Muttern allein wäre. Aber die fünf Kinder laß kriegen und fleiden, ist undenkbar.

Du fragst erstaunt, wer bei meinem Alter noch fünf verpflegungsberechtigte Kinder herkommen. Beruhige dich. Es sind die Kinder meines Cousins, der irgendwo in Mexikoorten verfahren liegt. Gram über den "Helden-tod" ihres Mannes und die wirtschaftlichen Sorgen brachten die Mutter der fünf unter die Erde. So kamen vier bei beiden Eltern zu fünf Kindern. Gewiß ging es auch, solange man noch Arbeit hatte, immer knapp zu und es mußte mit jedem Pfennig gerechnet werden, aber es ging eben doch. Jetzt allerdings, nachdem man sich seit achtzehn Monaten mit der Unterstützung durchschlägen muß (die Hinterbliebenenrente langt für die Kinder auch bei weitem nicht zu). Fünfte man sehr leicht auf den Gedanken kommen, sich diesem Elend durch Selbstmord zu entziehen. Es ist nur die Liebe zu den Entfelen und die Sorge um ihr ferneres Wohlergehen, was einen noch aufrecht hält.

Warum sie nicht in ein Waisenhaus geben? Der Gedanke ist oft und grünlich erwogen worden, aber immer sind wir wieder davon abgekommen. Möglich, daß man die Dinge etwas zu schwarz sieht. Aber schon der Gedanke, die Kinder könnten von einer Waisenhausverwaltung in verschiedenen Stellen weiter vergeben und schließlich in einer Weise erogen werden, nach der Völkermorden, Armut und Reichum als etwas Gottgewolltes gelten, nach der das demütigte Sichbeugen als höchste Tugend gepriesen wird, muß einen allen Klassenkämpfer veranlassen, den Hungerriemen, wenn nötig, noch fester anzuziehen. Und so gibt man, solange noch etwas gegeben werden kann, auch das Letzte für die Kinder her. Inzwischen lernen wohl auch sie selbst denken, so daß, wenn einmal Schluß gemacht werden muß, die Gefahr der Gehirnverkleinerung nicht mehr so groß ist.

Nach besteht ja die Hoffnung, daß man doch mal irgendwelche Arbeit bekommen wird. Eine verträgliche Denkmethode, wie sie der leidenschaftliche Hossänger zum Ausdruck brachte, ist natürlich ganz falsch. Tausendmal verwerflicher handeln aber diejenigen, die durch ihre Arbeiterfindungserei in unzureichendem das Arbeiterfinden erschweren oder es ganz und gar unmöglich machen. Diese Leute sollten einmal nach den Arbeitsnachweiser kommen und sich anhören, wie die Arbeitslosen ihre Handlungsweise beurteilen. Sie sollten sich endlich einmal zu der Erkenntnis durchringen, daß die mit übermäßig langer Arbeitszeit erfindenden paar Groschen sie nicht glücklich machen können, daß ihr Tun aber Tausende der unglücklichen Erwerbslosen zu immer größerem Elend verdammt. Daß diese Erkenntnis noch nicht genügend an Boden gewonnen hat, liegt an dem bedauerlichen Mangel an Solidaritätsgesühl, das allerdings nur in der freien Gewerkschaft gepflegt werden kann. Wenn der Philosoph Friedrich Nietzsche einmal sagte, er habe den Glauben, daß wir nicht geboren sind, um glücklich zu sein, sondern um unsere Pflicht zu tun und daß wir uns segnen könnten, wenn wir erkannt hätten, wo unsere Pflicht ist, so dürfen wir Arbeiter wohl auch unsere Klassengenossen lehren, wo ihre Pflicht ist. Sie ist an der Seite ihrer Kampfgenossen, in den Reihen der freien Gewerkschaft. Die Organisation stärken, heißt seine Pflicht gegen seine Mitmenschen und gegen sich erkennen. Es heißt ferner, das Arbeiterundenunwesen beseitigen und somit auch die größte Gefahr des Proletariats, die Arbeitslosigkeit, bekämpfen.

Proletarier, erkenne deine Pflicht!

Aus unserem Berufe

Hafenarbeiter.

Nach langwierigen Verhandlungen, bei denen die Unternehmer jede Lohnerhöhung überhaupt ablehnten, kam für die Hafnarbeiter ein Schiedspruch zustande, der bis zum 31. Dezember 1927 Geltung haben soll. Durch den Schiedspruch wurden folgende Löhne festgelegt:

Table with 3 columns: Job description, Rate, and Hourly rate. Includes categories like Holzplafzarbeit, Fabrikarbeit, and Hafenarbeiter with various sub-categories and rates.

B. Akkordlohn:

Auf die Säke von 1. Juni 1926 erfolgt ein Zuschlag von 5,5 Prozent. — Lastkraftwagenführer, Treckerführer und Kranführer erhalten 101 Pfennig je Stunde.

In den Verhandlungen sowohl als auch vor dem Schlichtungsausschuß befolgten die Unternehmer die Taktik, die bisher erstellten Akkordverdienste einzelner Arbeitergruppen immer besonders hervorzuheben. Der mit dieser Taktik verfolgte Zweck, die Verhandlungsteilnehmer zu täuschen, wurde selbstverständlich nicht erreicht. Die Herren werden in der nächsten Zukunft vielleicht die Erfahrung machen, daß die Gegner der Akkordarbeit starken Zuwachs erhalten haben.

Duisburg. Ab 15. April sind die Löhne für fast alle Hafenarbeiter um 6 Proz. erhöht, nur die unständigen Kollegen müssen sich mit 5 Proz. begnügen.

Table comparing wages for different types of harbor workers (Ständige, Unständige, Kranführer) across different job types like Tagelohn, Tagelohn, and Wochenlohn.

Handelsarbeiter.

Sie lassen nicht locker — nämlich die Herren vom Einzelhandel — in ihrem Geßehr um die Beseitigung der Sonntagsruhe. Das Vorgehen Bayerns, wo auf dem Bezugswege bereits 24 Sonntage im Jahre für den Verkauf freigegeben wurden, genügt ihnen auch dann noch nicht, wenn die Nachbarländer ihm folgen wollten. So verlangen sie die Freigabe der Verkaufszeit am Sonntag überhaupt für einige Stunden, wie das im alten Deutschland der Fall war.

Es ist "natürlich" viel weniger die Sorge um den eigenen Profit als vielmehr die um das "Wohlbefinden der ländlichen Bevölkerung". Bei der völligen Sonntagsruhe sind die Bauern und deren Dienstboten gezwungen, ihr Geld für Vergnügungen auszugeben, während das Offenhalten der Läden an einigen Stunden am Sonntage die Ruhe und Sittlichkeit viel weniger gefährden würde, als das viele Festfeiern. Selbstverständlich fehlt auch nicht der Hinweis auf die Arbeitslosigkeit in den Kreisen des Handelspersonals, die man nach Ansicht der Unternehmer durch die Ausdehnung der Arbeitszeit auch auf den Sonntag am wirksamsten bekämpft.

Die Herren vom Einzelhandel sollten sich gedulden. Der Entwurf für das kommende Geßehr zum Schutze der Arbeit läßt von einer Sonntagsruhe im Handelsgewerbe so gut wie nichts übrig. Die Arbeit an Sonn- und Feiertagen ist hier zugelassen 1. während "höchstens" zwei Stunden für Verkaufsstellen, die der Betriebsleitung täglicher oder an Sonn- und Feiertagen besonders (!) hervortretender Bedürfnisse der Bevölkerung dienen; 2. in Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern an "höchstens" 26 Sonntagen während zwei Stunden für Verkaufsstellen aller Art, wenn der Verkauf infolge schwieriger Verhältnisse notwendig ist; 3. während eines Zeitraumes von höchstens sechs Stunden für Verkaufsstellen aller Art an höchstens sechs Sonn- und Feiertagen, an denen die Landesbehörde die Beschäftigung zugelassen hat, weil besondere Verhältnisse einen "erweiterten" Geschäftsverkehr erfordern.

Wird der vorliegende Entwurf also Geßehr, was trotz Bürgerblod noch lange nicht ausgemacht ist, so könnten die Unternehmer des Einzelhandels sich recht gut dahin beruhigen. Sie hätten dann die Hälfte und noch einige mehr der Sonntage des Jahres für den Verkauf frei. Einen gleichlichen Zwang, am Sonntag arbeiten zu müssen, kann allerdings auch die Bürgerblodregierung den im Einzelhandel beschäftigten Arbeitern nicht auferlegen. Denn wirtschaftlichen Zwang können die Arbeiter und Angestellten aber nur übersehen, wenn ihre freien Organisationen stark genug sind, den Ausbeutern ein Paroli zu bieten.

Rechts- und Staatsarbeiter.

Änderung des Manteltarifvertrages für die Lohnempfänger bei den preussischen Verwaltungsbehörden (Verwaltungsarbeiter) vom 3. Dezember 1921 in der Fassung vom 26. April 1924 (Pr. Ver. Bl. S. 119).

I. Der § 15, Ziff. 1a, erhält folgende Fassung: 1a. Soweit das Wochenlohn 60 Stunden nicht überschreitet, für jede über 48 Stunden hinaus abgeleitete Arbeitsstunde "des Wochenlohnes (nebst Sozialzuschlägen) nicht etwaigen wesens besonderer Eigenart der Arbeit gewährten Zuschläge (§ 11) sowie einem Zuschlage, der für die 49. bis 54. Stunde 15 v. H., für die 55. bis 58. Stunde 25 v. H., für die 59. bis 60. Stunde 50 v. H. beträgt. Daneben tritt, soweit die Arbeitsstunden an Sonn- und Feiertagen abgeleitet sind, der Zuschlag gemäß § 12 des Manteltarifvertrages sowie der Soziallohn.

II. Vorstehende Änderung tritt mit Wirkung vom 1. April 1927 in Kraft. Berlin, den 23. April 1927.

Allgemeines.

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene hält ihre Jahreshauptversammlung am 30. September und 1. Oktober in Hamburg ab. Für die Verhandlungen hat die Universität Hamburg ihre Hörsäle zur Verfügung gestellt.

Am 30. September wird über das Hauptthema der Tagung, "Beleuchtungshygiene", verhandelt. Die Beratungen werden zusammen mit der Deutschen Beleuchtungstechnischen Gesellschaft, die zur gleichen Zeit ihre Jahreshauptversammlung in Hamburg abhält, stattfinden. Es werden die Fragen der Gesundheits-schädigungen durch schlechte Beleuchtung und der ärztlich und technisch hygienischen Anforderungen an eine gute und zweckentsprechende Beleuchtung besprochen werden. Für die ärztlichen Hauptreferate haben sich die Herren Oberregierungsrat Prof. Dr. Holtmann, Karlsruhe (Fadischer Landesgewerbeamt), Professor Dr. Korf-Peterien, Kiel (Direktor des Hygienischen Instituts der Universität), und Augenarzt Dr. Thies, Dessau, zur Verfügung gestellt. Die technischen Hauptreferate werden von den Herren Dr. Bloch und Dipl.-Ing. Schneider von der Deutschen Beleuchtungstechnischen Gesellschaft gehalten werden.

Am 1. Oktober sollen die Fragen der Hygiene der Hafen- und Werftarbeiter und des Heizerpersonals auf Schiffen besprochen werden. Als Referenten haben sich die Herren Professor Dr. Sannemann, Hamburg (Hafenarzt), Oberarzt Dr. Rothfuß, Hamburg (ärztlicher Leiter des Hafenkrankenhauses), Oberregierungsrat Dr. Barlow, Hamburg (Hamburger Gewerbeaufsichtsam), und Professor Dr. Schwarz, Hamburg (Hygienisches Institut) zur Verfügung gestellt.

Die zur vermittelnde Ueberbrückung über wichtige neue Fragen der Gewerbehygiene aus Wissenschaft und Praxis soll am Sonnabend, den 1. Oktober, im Anschluß an die oben bezeichneten Vorträge gegeben werden. Da es sich als zweckmäßig erwiesen hat, wird gebeten, die Anmeldungen zur Beteiligung an diesem Programm punkt der Jahreshauptversammlung bis zum Sonnabend, den 2. Juli, an die Geschäftsstelle der Gesellschaft gelangen zu lassen; die Manuskripte müssen absondern bis zum Sonnabend, den 10. Juli, im Besitz der Geschäftsstelle der Gesellschaft sein. Die Referate selbst sollen wie in den letzten Jahren eine Dauer von 5 bis höchstens 15 Minuten haben.

Schnell tritt der Tod den Menschen an und er macht bei keinem von uns eine Ausnahme. Deshalb heißt es für jeden Kollegen für die Familie vorzorgen. Der Deutsche Verkehrsband dachte an dein Alter, Kollege, an deine Familie für den Fall, daß der Tod dich vorzeitig hinwegreißt, und deshalb gründete er für dich

die Rentka

(Renten-, Pension- und Sterbegeldzuschußklasse). Nach Gebrauch von dieser rein sozialen Gründung, hinter der keine Menschen stehen, die sich an deinen Beiträgen bereichern wollen, sondern deine eigene wirtschaftliche Organisation. Deshalb kann keine Versicherung dir das bieten, was unsere Kasse leistet. Die Rentka fördert die Solidarität: deine Beitragsgroschen tragen zur Binderung der fremden Not durch die Rentka bei, und klopfen die grauen Geschwister einst an deine Tür, dann ist die Rentka da und

hilft Dir.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Bindow, Berlin SO. Verlagsgesellschaft "Contra", G. m. b. H., Berlin SO. Druck: Maurer & Dimpfel, Berlin, Köpenicker Str. 30-32.